Sehr geehrter…,

in der Corona-Krise wird nochmals verschärft klar, welche immensen Belastungen die produzierenden Unternehmen in Deutschland durch die ineffizient ausgestaltete Energiewende treffen. Zusätzlich zu den schon seit Jahren international nicht mehr wettbewerbsfähigen Strompreisen, sollen durch den nationalen Emissionshandel nunmehr auch noch nicht mehr bezahlbare Brennstoffkosten kommen. Diese Politik gefährdet kurzfristig eine Vielzahl von Industrieunternehmen.

Der geplante nationale Brennstoffemissionshandel bedroht die Existenz vieler mittelständischer Unternehmen, da hier eine neue nationale Abgabe auf zwingend benötigte Brennstoffe eingeführt werden soll, die europäische und internationale Wettbewerber nicht kennen.

Die Politik muss nach den richtigen und begrüßenswerten Sofortmaßnahmen zum Erhalt der Existenz und der Liquidität der Unternehmen nach dem Corona-Lockdown jetzt die Konsolidierung der Unternehmen und den langfristigen Erhalt von Arbeitsplätzen ermöglichen und unterstützen.

Es ist daher dringend erforderlich, alle einseitigen und zum Teil seit Jahren bestehenden nationalen Wettbewerbsnachteile in der Energie- und Klimapolitik in Deutschland auf den Prüfstand zu stellen und zu beheben. Andernfalls werden sehr viele Unternehmen nach der Krise nicht mehr auf die Beine kommen und endgültig in die Insolvenz getrieben.

Die geplante Erhöhung des CO2-Einstiegspreises im nationalen Brennstoffemissionshandel auf 25 Euro/t darf nur in Kraft treten, wenn gleichzeitig die vorgesehene Carbon-Leakage-Verordnung gem. § 11 Abs. 3 Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) in Kraft getreten und wirksam ist. Anderenfalls würde den Unternehmen dringend benötigte Liquidität entzogen, die ihnen zuvor mit den Corona-Rettungspaketen erst zur Verfügung gestellt wurde.

Die Carbon-Leakage-Verordnung muss den Unternehmen eine finanzielle Kompensation der CO2-Mehrkosten ohne Vorbedingungen - wie etwa zusätzliche Investitionen in Klimaschutz - gewähren. Der § 11 Abs. 3 BEHG muss klarstellend geändert werden, um eine solche Kompensation der Mehrkosten ohne Vorbedingungen zu ermöglichen.

Außerdem muss jetzt sofort die Energiewende und müssen besonders die Kosten für die Förderung der Erneuerbaren Energien aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden. Das ist eine überfällige Entlastung des stromintensiven Mittelstands im innereuropäischen und internationalen Wettbewerb. Zusätzlich wäre eine solche Entlastung aller Bürger und Unternehmen bei den EEG-Kosten ein schnell wirkender, erheblicher Konjunkturimpuls, der zudem positive klimapolitische Effekte hätte.

In dem beigefügten Forderungspapier haben wir unsere Positionen ausführlicher dargelegt und begründet.

Für ein weiterführendes Gespräch zu den genannten Themen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen